

Beschluss Nr. 403/2023
Schwyz, 31. Mai 2023 / jh

Postulat P 18/22: Politische Bildung an unseren Volksschulen im Bereich Abstimmungen und Wahlen fördern
Beantwortung

1. Wortlaut des Postulats

Am 30. November 2022 hat Kantonsrat Bernhard Diethelm folgendes Postulat eingereicht:

«In vielerlei Hinsicht sind Abstimmungen und Wahlen in unserer direkten Demokratie entscheidend bzw. haben unmittelbaren Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger haben hierzulande die Möglichkeit das aktive, wie auch passive Wahlrecht auszuüben – also abzustimmen/zu wählen oder aber sich für ein Amt zur Wahl zu stellen. In keinem anderen Land auf der Welt, werden so viele Volksentscheide gefällt, wie in der Schweiz.

Dahingehend ist es teilweise besorgniserregend, wie tief die jeweilige Stimm- und Wahlbeteiligung ausfällt. Dies wohl nicht nur wegen der allgemeinen „Politikverdrossenheit“ (Stichwort: Die in Bern machen ja sowieso, was sie wollen!), sondern auch dem Umstand geschuldet, dass viele Stimmberechtigte schlichtweg überfordert sind bzw. zu wenig genau wissen, wie „stimme und wähle ich richtig ab?“. Zahlreiche ungültige Stimmen lassen diesen Umstand leider vermuten.

Und genau hier könnte frühzeitig, sprich im schulischen Unterricht an unseren Volksschulen Abhilfe geschaffen werden!

Um Jugendliche bereits früh mit dem politischen System der Schweiz bekannt zu machen und ihre Interessen zu wecken, gilt es die politische Bildung zu fördern und auf die Rechte und Pflichten der Jugendlichen zu fokussieren. Der Staatskunde-Unterricht soll hierbei als Übersicht über verschiedene politische Systeme, insbesondere dasjenige der Schweiz, dienen.

Der beste Weg, die Nutzung dieser Mittel zu erlernen, ist die Chance, sie direkt anzuwenden. Diese bleibt den Jugendlichen bislang verwehrt, weshalb simulierte Auseinandersetzungen mit Abstimmungen, Wahlen, Unterschriftensammlung notwendig wird. Ziel muss sein, dass angehende Stimmbürger bei Erreichen ihrer Mündigkeit, die politischen Instrumente verstehen und zu

nutzen wissen. Daher ist es auch sinnvoll, diese Art von „Schulstoff“ erst nach der Primarschulzeit, also ab Beginn der Oberstufe in den Unterricht zu integrieren.

Da die Herausgabe von Abstimmungs- und Wahlunterlagen und deren Mustern eine hoheitliche Aufgabe des Staates ist, ist der Regierungsrat gefragt, solche Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Diese sollen möglichst ein klassisches Abstimmungs- und Wahlcouvert repräsentieren. Kleine Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeinden sind hierbei vernachlässigbar. Das Abstimmungscouvert soll im Spezifischen fiktive Beispiele der folgenden Unterlagen beinhalten:

- Ein Stimmrechtsausweis*
- Abstimmungstalons*
- Eine Abstimmungsbroschüre*
- Wahlталons für eine Personenwahl*
- Die Kandidierenden-Liste für eine Personenwahl*
- Ein Bogen von Wahllisten für eine Listenwahl*

Des Weiteren soll dem oben beschriebenen Couvert ein Unterschriftenbogen für eine erfundene Volksinitiative oder ein Referendum beigelegt werden. Mit diesen Unterlagen können im Schulunterricht Abstimmungen und Wahlen durchgespielt und deren Prinzipien besprochen werden.

Damit möglichst viele Lernende von einem solchen Angebot profitieren können, ist es von Wichtigkeit, dass diese Unterlagen den Lehrpersonen bekannt gemacht werden und die Bestellung der Couverts möglichst unkompliziert vonstatten geht. Wichtig ist auch die kostengünstige Zugänglichkeit des Angebots. Der Kanton Schwyz sollte die Unterlagen idealerweise kostenlos oder maximal kostenneutral zur Verfügung stellen.

Ein solches Angebot komplementiert die vorhandenen Anstrengungen der Lehrpersonen, ihren Lernenden die politische Landschaft der Schweiz möglichst nahe zu bringen. Somit dürften zukünftig mehr junge Stimmbürger politisch aktiv sein, wenn sie die Volljährigkeit erreichen.

Dahingehend wird der Regierungsrat angehalten, die Erarbeitung und Distribution fiktiver Abstimmungs- und Wahlunterlagen für den Unterricht zur politischen Bildung zu prüfen. Diese sollten für Lehrpersonen leicht erhältlich sein und möglichst kostengünstig, idealerweise gratis, bestellt werden können.

Ich danke dem Regierungsrat vorab für die wohlwollende Aufnahme meines Anliegens.»

2. Antwort des Regierungsrates

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Im Zusammenhang mit dem für die Schwyzer Volksschule verbindlichen Lehrplan 21 legt der Erziehungsrat für die Fächer die geeigneten Lehrmittel fest. Das Amt für Volksschulen und Sport unterstützt die Lehrpersonen in der Umsetzung des Lehrplans mit geeigneten Materialien. «Politik, Demokratie und Menschenrechte» ist im Lehrplan 21 als fächerübergreifendes Thema unter der Leitidee Nachhaltige Entwicklung verankert. Im Zentrum dieses Themas steht Zusammenleben zu gestalten sowie Demokratie und Menschenrechte zu verstehen und sich dafür zu engagieren. In den Schulen des Kantons Schwyz wird somit politische Bildung auf allen Stufen altersgemäss thematisiert. Weitere Bezüge zur politischen Bildung finden sich im Lehrplan 21 für den 1. und 2. Zyklus (Primarstufe) im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» sowie im 3. Zyklus (Sekundarstufe I) in den Fachbereichen «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und «Ethik, Religionen,

Gemeinschaft». Bei den einzelnen Kompetenzen finden sich ausgewiesene Querverweise zu Bildung nachhaltiger Entwicklung (BNE). Gemäss Lehrplan 21 sind mit politischer Bildung folgende Kompetenzen zu fördern:

- Sachkompetenz: Begriffe und Konzepte des Politischen verstehen, über sie verfügen sowie sie kritisch weiterentwickeln können (bspw. Demokratie, Menschenrechte, Gemeinwohl);
- Urteilskompetenz: Politische Entscheidungen, Probleme und Kontroversen selbständig sowie möglichst sach- und/oder wertorientiert beurteilen und begründen können;
- Handlungskompetenz: Interessen und politische Positionen anderer aufgreifen und verstehen, eigene Positionen artikulieren sowie an der Lösung von Problemen unter Rücksichtnahme auf eigene und fremde Bedürfnisse mitwirken können;
- Methodenkompetenz: Medieninhalte kritisch analysieren und sich (bspw. mittels / in den Medien) mündlich, schriftlich sowie visuell politisch artikulieren können.

Die Lehrperson wählt im Bereich der Politischen Bildung ihre Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien frei. Das Angebot der Lehrmittel und Plattformen mit Unterrichtsmaterialien ist vielfältig, so dass die Lehrpersonen mit den zur Verfügung gestellten Materialien die Anforderungen des Lehrplans sehr gut erfüllen können. Mit dem Angebot easyvote (easyvote.ch), bereitgestellt durch den Dachverband der Schweizer Jugendparlamente, wird das politische Interesse und die politische Partizipation von jungen Menschen gestärkt, indem Informationen zu Abstimmungen, Wahlen und politisches Grundlagenwissen einfach verständlich und politisch neutral bereitgestellt wird. Der Aufbau der entsprechenden Plattform im Internet wurde durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz durch einen Beitrag aus dem Lotteriefonds unterstützt.

Mit dem Kinder- und Jugendparlament werden Jugendliche früh mit dem politischen System der Schweiz bekannt gemacht, wodurch die politische Bildung ebenfalls gefördert wird. Im Schnitt haben in den vergangenen Jahren jeweils rund 25 von 30 Schwyzer Schulgemeinden Jugendliche ins Kinderparlament entsandt. Zahlreiche Schulen haben die Wahl ihrer Kinderparlamentsmitglieder dazu genutzt, die Wahl ihrer Vertretungen in den Unterricht zu integrieren. So haben denn während des vierzehnjährigen Bestehens des Parlaments rund 800 Kinder aus dem ganzen Kanton in ihrer schulfreien Zeit an den Sessionen teilgenommen.

2.2 Fazit / Haltung des Regierungsrates

Mit dem Lehrplan 21 besteht eine gute, verbindliche Grundlage für den Erwerb der Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung. Die vorhandenen Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien unterstützen die Lehrpersonen im täglichen Unterricht und im Vermitteln der geforderten Kompetenzen. Mit der Internet-Plattform easyvote.ch besteht bereits ein nationales Angebot, welches den Vorstellungen des Postulats weitgehend entspricht.

Weiter kann auf das Kinder- und Jugendparlament verwiesen werden, welches eine wichtige Funktion in der politischen Bildung der Jugendlichen einnimmt. Das Kinder- und Jugendparlament wird in einem Grossteil der Schwyzer Volksschulen thematisiert. Wie der Regierungsrat in der Beantwortung des Postulats P 11/21 bekräftigt hat, unterstützt er das Kinder- und Jugendparlament nicht nur mittels zur Verfügung stellen von Infrastruktur, sondern auch mit finanziellen Mitteln aus dem Lotteriefonds.

Zusammenfassend kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass Gefässe für die politische Bildung der Jugendlichen in ausreichender Quantität und guter Qualität vorhanden sind, sodass kein Bedarf besteht, darüber hinaus Unterrichtsmaterialien in Eigenregie zu entwickeln.

Beschluss des Regierungsrates

1. Dem Kantonsrat wird beantragt, das Postulat P 18/22 nicht erheblich zu erklären.
2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates.
3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Bildungsdepartement; Amt für Volksschulen und Sport.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

